

Materialien - KPÖ - innerparteiliche Dokumente - 6. Parteitag - März 1923

9 Dokumente, 44 Seiten, Faksimile

Die hier zusammengestellten Dokumente umfassen die Periode rund um den 6. Reichsparteitag der KPÖ (ab 3. März 1923). Am 6. Parteitag hatte eine heterogenen Gruppe um Franz Koritschoner und Karl Tomann eine Mehrheit erreicht, die Strömung um Josef Frey verlor ihre bisherige Majorität – Josef Frey wurde nicht einmal mehr in den Parteivorstand gewählt.

Unter diesen Voraussetzungen waren die fraktionellen Auseinandersetzungen nicht zu beenden. Vor diesem Hintergrund entschied sich wenig später auch das Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI), die Situation auf die Tagesordnung seiner 3. Sitzung (12.-23. Juni 1923) zu setzen.

Die vorliegenden Dokumente sind zum großen Teil nicht datiert, da sie aber im Zusammenhang mit dem 6. Parteitag erstellt wurden, liegt auch ein ähnlicher Erstellungszeitpunkt nahe.

Manfred Scharinger, 5.5.2026

KPÖ - innerparteiliche Dokumente - 6. Parteitag - März 1923

Nr.	Autor/innen	Dokument	Zeit	Seiten
1	xxx	Erklärung [Angriffe gegen Josef Frey]	[ca. Februar/März 1923]	1
2	Paul Friedländer und Richter	Erklärung [zu ihrer Wahl in den Parteivorstand]	5.3.1923	1
3	P. Finder	An das Präsidium	[ca. März 1923]	2
4	Gewerkschaftsabteilung der KPÖ	Antrag der Gewerkschaftsabteilung der KPÖ an den Parteitag	[ca. März 1923]	1
4	Gewerkschaftsrat der KPÖ	Thesen zur Gewerkschaftsfrage vorgelegt vom Gewerkschaftsrat [beschädigt]	[ca. März 1923]	13
5	xxx	Organisatorische Zusammenfassung der Fraktionen und rev. Blocks [beschädigt]	[ca. März 1923]	8
6	Josef Frey	[Manuskript für Rede auf dem 6. Parteitag]	[ca. März 1923]	8
7	[Josef Frey]	Die rechten und die „linken“ Abweichungen	[ca. März 1923]	4
8	Josef Frey	[Manuskript betreffend Verhältnis Partei - Gewerkschaftsfraktion]	[ca. März 1923]	4
9	[Josef Frey]	Thesen über die Kommunistische Partei und die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften	[ca. März 1923]	2
				44

E r k l ä r u n g

Die Unterfertigten erklären:

Angesichts der Flutwelle von Schmutz und gemeinaten Verleumdungen, welche gegen die ehemalige P.V.-Mehrheit, namentlich gegen den Gen.Frey seit Monaten innerhalb der Partei verbreitet wurden, erklären wir dass die ehemalige Parteivorstandsmehrheit und namentlich Gen.Frey nach jeder Richtung hin politisch und moralisch unser vollstes uneingeschränktes kommunistisches Vertrauen besitzen. Wir stehen fest zur Linie, die Gen.Frey in seinen Diskussionsartikeln herausgearbeitet hat und wir werden dahin wirken, dass die ganze Parteitätigkeit sich von dieser Linie leiten lässt.

Delegierte mit beratender

Stimme:

Delegierte mit beschliessender

Stimme :

Erklärung

Entgegen dem Willen und dem Einspruch der Parteitage-Minderheit hat die Parteitage-Mehrheit uns unterzeichnete in den P.V. gewählt.

Wir erklären, uns diesem Beschluss lediglich aus Gründen der Parteidisziplin zu fügen. Wir erklären aber gleichzeitig; da uns der neugewählte P.V. keine Gewähr für eine einheitliche klare politische Linie der Parteiführung bietet und auch nicht die persönlichen Garantien dafür geboten sind, dass alle Mitglieder des neugewählten P.V. die Partei in der richtigen Weise führen werden, dass wir die Verantwortung für die Politik der P.V.-Mehrheit nicht übernehmen können und also sofort der Exekutive der Komm. Intern. das begründete Ersuchen vorlegen werden, unser Demissionsangebot zur Kenntnis zu nehmen; denn ~~zufolge~~ die Voraussetzung der gedeihlichen Arbeit erscheint nicht gegeben, nämlich das Vertrauen.

An das Präsidium.

Als Mitglied ^{des Präsidiums} der F. V. sind die Studenten
bereits in folgender Weise: ~~Präsident~~
Präsident des Präsidiums ~~hat~~ den Russen
hat den. Tomann erklärt, dass er das
Veto gegen den sen. Präsidium einlegen
müsste, sen. Tappe hat selbst erklärt,
dass er kein Interesse an der Arbeit in
der komm. Studentenfraktion hat. In der
Mitgliederversammlung würde sen.
Präsidium nachher einstimmig gewählt
für Angelegenheit des sen. Tappe haben
wie wiederholt erklärt, dass die ~~Präsidenten~~
Präsidenten ~~wichtigste~~ Arbeit an der Universität die Sache
unserer Professoren seien und sich
dazu bestimmen. Mit Überlegung eines
Beschlusses hat der P. V. den behaupten &
angewendet, der anweiden den Vertreter mit
beratender Stimme und Vetorecht verleiht.
~~Präsidenten~~
~~Präsidenten~~

Inzwischen geht es nicht an, das Gen.
Papst, von dem beim Jüngerkongress
festgestellt wurde, dass er politisch
nicht auf der Linie der Konzeption
steht, mit einer so wichtigen
Funktion betraut wird. Bezüglich der
organisationsmäßigen Teilhabe
des Gen. Papst ~~...~~
~~...~~
~~...~~
gehört der Präsident Konzeption.

Finucci T.

Artrag der Gewerkschaftsabteilung der K.P.Oe. an den
Parteitag.

Die Offensive des Kapitals verdankt ihren Fortschritt der Passivität der Amsterdamer Führer, welche eine erfolgreiche Abwehr der Offensive durch die Gewerkschaften führt. Um den Fortschritt der Offensive nicht nur zu hemmen, sondern in Interesse der proletarischen Lebensexistenz erfolgreich zu bekämpfen, müssen die Gewerkschaften zur einheitlich geschlossenen revolutionären Abwehr mobilisiert werden. Daraus ergibt sich für die K.P.Oe. die Forderung, die Gewerkschaftsarbeit mit erhöhter Aufmerksamkeit zu verfolgen und zu unterstützen, weshalb der VII. Parteitag der K.P.Oe. beschliesst:

1.) Der Gewerkschaftsabteilung der K.P.Oe. steht vom Parteivorstand die weitmöglichste Zahl aktiver gewerkschaftlich geschnittener Kräfte zuzuteilen.

2.) Jedes Parteimitglied ist verpflichtet, der Gewerkschaft seiner Branche anzugehören. Wo dies praktisch durch die verweigerte Aufnahme der Amsterdamer nicht möglich ist, muss das betreffende Mitglied der K.P.Oe. der Fraktion resp. dem Block seiner Branche angehören (S. § 32 der Parteisatzungen).

3.) Ausnahmslos ist jedes einzelne Mitglied der K.P.Oe. nicht nur verpflichtet, der Fraktion resp. dem Block seiner Branche anzugehören, sondern darin vor allem auch aktiv mitzuarbeiten und an allen Veranstaltungen der Fraktion und des Blocks teilzunehmen. Innerhalb seines Betriebs und seiner Gewerkschaft (bei Aufnahmeverweigerung innerhalb seiner Branche) ist weiters jedes Mitglied verpflichtet, als Fraktions- und Blockmitglied den Beschlüssen der Fraktions- und Blockmajorität sich unterordnend, einheitlich vorzugehen. (S. § 32 der Parteisatzungen).

4.) Der "rote Gewerkschafter", das Organ der revolutionären Blocks, hat jedes Parteimitglied der K.P. durch die Propaganda seiner Fraktion obligatorisch zu beziehen und für die weitgehendste Verbreitung desselben innerhalb und ausserhalb des Blocks im Rahmen seiner Berufsgewerkschaft zu sorgen.

5.) Jedes Mitglied der K.P.Oe. hat die Aufgabe überall für die unbedingte Einheit der Gewerkschaften einzutreten. Wo Arbeiter nicht zu bewegen sind, der Gewerkschaft ihrer Branche anzugehören, oder von ihrem Austritte nicht abzuhalten sind, haben die Mitglieder der K.P.Oe. die Aufgabe, sie für den revolutionären Block ihrer Branche zu gewinnen, um sie durch den Block zur gewerkschaftlichen Einheit als Voraussetzung der erfolgreichen Abwehr der Offensive des Kapitals zu führen.

Offensive des Kapitals.

1) Die fortschreitende Entwicklung des Kapitalismus mit seiner planlosen Produktion verursachte den Weltkrieg und so die gegenwärtige Weltkrise. Der Weltkrieg welcher auf nationalem Masstabe die kapitalistische Wirtschaft mit Gewalt festigen sollte, hat den Kapitalismus im Weltmasstabe nur noch mehr erschüttert. Die Friedensverträge tragen den Keim neuerlicher Kriege in sich. Am Balkan und im Ruhrgebiet treten die ersten Anzeichen zutage. Die Passivi des internationalen Proletariats, verursacht durch die ideologische und praktische Beeinflussung der soziald Amsterdamer Führer ermöglicht die Ruhrbesetzung und d Balkankonflikt, wodurch der Kapitalismus den neuen Weltkrieg vorbereitet.

Um die Weltkrise zu lösen müsste die planlose kapitalistische Produktion von einer planmassigen sozialistischen Produktion abgelöst werden. Diese, auf der Linie der Entwicklung liegende unabwendbare Umgestaltung der Produktion wird aber der Kapitalismus nicht freiwillig zulassen. Dies wäre gleichbedeutend mit dem Verzicht auf ~~xxxxkapital~~ ~~xxxx~~ Profit und somit praktisch mit dem Verzicht auf eine kapitalistische Existenz.

2) Der Kapitalismus ist bestrebt mit allen Mitteln solange als nur möglich, seine Existenz aufrecht zu erhalten. Während in den Siegerländern eine Scheinkonjunktur einsetzte und die durch den Krieg gestärkte Bourgeoisie ihre kontrollose Herrschaft den Arbeitern, aufzwang, bewärkte der Zusammenbruch in den besiegten Ländern zunächst eine Erschütterung der bürgerlichen Machtpositionen in wirtschaftlicher sowie politischer Hinsicht. In diesen Ländern gelang es der Bourgeoisie, nicht aus eigener Kraft, sondern durch die Benützung des sozialdemokratischen Parteiapparat wie des konsolidierten Machtapparats der Amsterdamer Gewerkschaft

Stadium der ersten Erschütterung gemachten Konzessionen unwirksam zu gestalten und die Wiedererringung der kapitalistischen Allenherrschaft vorzubereiten. Österreich ist jenes Land, in dem in Verhältnis zur Einwohnerzahl die zahlenmäßig stärkste Gewerkschaftliche Organisation besteht, jeder Sechste Einwohner gewerkschaftlich organisiert ist, der engste Kontakt zwischen der sozialdemokratischen Massenbewegung und der Amsterdamer Gewerkschaftsbewegung vorhanden ist und wie in keinem anderen Land das Proletariat von Niederlage zu Niederlage geführt wurde, zur kampflosen Preisgabe bereits errungener Machtpositionen.

In einem Lande, in dem nach einem Ausspruch der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer "nichts ohne das Proletariat geschehen kann", wurde dennoch die bürgerliche Klassenherrschaft neu befestigt und die Voraussetzung geschaffen, zur kapitalistischen Offensive auf wirtschaftlichen und politischen Gebiet.

3) Wirtschaftlich fordert der Kapitalismus grundsätzlich: Durchbruch des Achtstundentages, Intensivierung der Arbeit und Lohnabbau. Um diese wirtschaftlichen Forderungen durchzuführen, steigert er nicht nur künstlich die Arbeitslosigkeit sondern verweigert politisch und praktisch durch seine Parlamentsmajorität die notwendige Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung, auf der einen Seite, auf der anderen Züchtung konfessioneller und nationaler Konflikte und mitten

drin die Passivität der sozialdemokratischen Führer der Amsterdamer Internationale schaffen die Vorbedingung für die Offensive des Kapitals und für die Durchführung des, für den Kapitalismus unausweichlichen neuen Krieges. Was der Kapitalismus wirtschaftlich und politisch, gestützt auf seinen spätlichen Machtapparat nicht durchzuführen vermag, sollen die von ihm gegründeten

wird finanziert durch russische Feindegruppen der

setzen. In Oesterreich wurde die ~~sozialdemokratische~~ theoretisch begründet und praktisch ermöglicht durch die Wehrlosmachung des Proletariats, begonnen durch die kapitalistische Wiederaufbaupolitik der Sozialdemokraten, sichtbar zum Ausdruck gebracht durch den Otto Bauerischen Finanzplan. Während die sozialdemokratische Partei in und nach der Koalition für Ruhe und Ordnung im „demokratischen“ kapitalistischen Staat sorgte und die sozialdemokratische Gewerkschaftsführer entscheidende Lohnkämpfe im Interesse der kapitalistischen Entwicklung der Industrie vermieden, traf der Kapitalismus seine organisatorischen und technischen Vorbereitungen für seine Offensive. Die kapitalistische Seipelregierung hat nur vollendet, was die sozialdemokratische-christlichsoziale Koalitionsregierung begonnen hatte. Der Genfer Vertrag ist die ^{Vollendung} Vorbereitung des Renner'schen Angebotes an das Ententekapital, den Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft in Oesterreich zu sichern, unter Freigabe aller proletarischen Forderungen an den kapitalistischen Staat. So musste selbst die Form der bürgerlichen Demokratie gesprengt werden und durch die Ausschaltung des Parlaments, die unverhüllte kapitalistische Diktatur proklamiert werden.

Das Verkennen der proletarischen Interessen trat am deutlichsten am Betriebsrätekongress der Metallarbeiter zu tage, wo offen die reformistische Parole verkündet wurde, „sich lieber mit weniger Lohn zu begnügen, als im Strassengraben zu verrecken“. Diese Tendenz der kapitalistischen Scharfmacher war so von der Gewerkschaftsbürokratie bestätigt worden. Durch diese Politik ermutigt, ging der Kapitalismus zur brutalen Generaloffensive über. Die Immunität der Betriebsräte wurde aufgehoben, das Betriebsrätegesetz wurde durchlöchert und praktisch unwirksam gemacht, durch die schwindelhafte Berechnung des Index wurde zwar nicht die Lebenshaltung des Proletariats

reformistische Parteipolitik gebrauchen, um durch die Parlamentsmajorität die Lohnfragen zu lösen, welche im Rahmen einer kapitalistischen Gesellschaft nicht gelöst werden können.

Immer breitere Massen des Proletariats beginnen dies zu empfinden. Die Aufgabe der revolutionären Gewerkschafter ist es, ihnen den Weg zu weisen, und die, dem Proletariat drohende Gefahr zu bahnen. Die durch den reformistischen Missbrauch der Gewerkschaft hervorgerufene Auflehnung der revolutionären Proletarier fand ihren Ausdruck in der Schaffung von revolutionären Blocks. Die revolutionären Gewerkschafter haben daher die Aufgabe, die Erkenntnis von der Notwendigkeit des revolutionären einheitlichen Abwehrkampfes dem gewerkschaftlich organisierten Proletariat zu übermitteln, um das Gesamtproletariat zum Kampfe führen zu können.

a) Da der Kapitalismus in seiner Offensive einheitlich auftritt, muss die Einheit des Proletariats geschlossen ^{Einheit} in Abwehr treten.

b) Gegen die Spaltung der Gewerkschaft durch die Amsterdamer Bürokraten ist mit allen Mitteln der Kampf aufzunehmen.

c) Da der Kapitalismus bei seinem rücksichtslosen Angriff den wirtschaftlichen Druck zugleich mit dem politischen zu vereinigen sucht, darf bei der proletarischen Abwehr kein Trennungstrich zwischen wirtschaftlichen und politischen Kämpfen gemacht werden, umso mehr, ^{da} wo im Kampfe selbst, keine Grenzlinie zwischen den wirtschaftlichen und politischen Kampf ~~starkfinden kann~~ zu finden ist.

d) Wo der Kapitalismus bewaffnet dem Proletariat gegenübersteht, darf das Proletariat nicht

unbewahret bleiben. Der Bourgeoisie muss die Gewalt und Diktatur des Proletariats gegenübergestellt werden. Durch die Arbeit der Kommunisten müssen die Arbeiter erkennen, dass die Kommunisten in den Gewerkschaften, sowie die Kommunistische Partei ^{alle} nicht für ~~Parteiwerke~~ ^{Landesvereine}, sondern lediglich für die Gesamtinteressen des Proletariats tätig sind. Sie müssen sich durch die Kämpfe um die Tagesforderungen, in welche sie durch die Offensive gedrängt sind, bewusst werden, dass sie nur auf den revolutionären, von der Komintern und Roten Gewerkschaftsinternationale gewiesenen Weg den Kapitalismus ~~endgültig~~ bekämpfen und endgültig überwinden können.

Um die Arbeiterschaft gegen die Offensive zu mobilisieren, bilden die revolutionären Gewerkschafter in den Gewerkschaften Oppositionsblocks. Die Oppositionsblocks gebildet von Kommunisten, Oppositionellen ~~und~~ ^{qualitativ} anderen revolutionären Arbeitern machen sich zur Aufgabe für die Revolutionierung der Gewerkschaft zu wirken. Die Oppositionsblocks stellen den Reformismus den revolutionären Klassenkampf gegenüber.

Die nächsten Aufgaben des proletarischen

Abwehrkampfes in den Gewerkschaften.

1.) Je mehr sich der Kampf zwischen den revolutionären Arbeitern und der Bourgeoisie verschärft, umso klarer treten die Verbindung und Einheit zwischen den Reformismus und der modernen bürgerlichen Gesellschaft hervor. In geschlossener Einheitsfront

mit der Bourgeoisie hemmen die gewerkschaftlichen Amsterdamer Bürokraten selbst die täglichen Abwehrkämpfe der Arbeiter. Die zum einheitlichen Kampf revolutionierten Elemente werden aus den Gewerkschaften hinausgedrängt, um zu verhindern, dass eine Einheitsfront des Proletariats zum Kampfe gegen die Bourgeoisie gebildet wird, weil die Rettung der Bourgeoisie in der Desorganisierung der Arbeiterbewegung ^{besteht} liegt. Durch diese Taktik der sozialdemokratischen Amsterdamer Führer macht sich eine Massenflucht aus den Gewerkschaften bemerkbar. So verständlich diese Massenflucht ist, haben die revolutionären Gewerkschafter die Aufgabe, dieser Tendenz energisch entgegenzuwirken, da sonst die Kampfesfront des Proletariats geschwächt wird.

2.) Wo die revolutionären Gewerkschafter aus den Gewerkschaften einzelnen oder gruppenweise ausgeschlossen werden, haben sie die Aufgabe, sich organisatorisch ^{zusammen} zusammenzufassen, die Gewerkschaftsbeiträge ^{zu} weiterzueheben, um als organisatorische Einheit mit rücksichtsloser Konsequenz den Kampf für die Wiederaufnahme - für die Einheit der Gewerkschaft aufzunehmen.

3.) Da die reformistische Gewerkschaftsführer im Interesse des kapitalistischen Wiederaufbaus die Gewerkschaften zu einem ^{einheitlichen} einheitlichen Abwehrkampf des Proletariats nicht zu mobilisieren ^{vermögen} vermögen, ist die Mobilisierung durch die Gewerkschaftsmitglieder selbst ^{zu übernehmen} durchzuführen. Der Reichsbetriebsrätekongress, von den Gewerkschaftsmitgliedern gefordert, organisiert und ^{ausführt} ~~ausführt~~ bildet als Betriebsräteorganisation nicht nur die unbedingt notwendige proletarische Ein-

sondern wird gleichzeitig auch, als reine proletarische Organisation, welche aus den Betrieben entsteht und unmittelbar dem kapitalistischen Druck ausgesetzt ist, den richtigen Weg finden und beschreiten, um der Offensive des Kapitals mit Erfolg gegenüber zu treten.

erre

4.) Die Produktionskontrolle ist die Hauptaufgabe der revolutionären Gewerkschafter und der Reichsbetriebsräteorganisation. Durch die Produktionskontrolle hat das Proletariat einen Ueber-

blinanzielle Lage des Betriebes, bzw. einer Branche zu verschaffen. (Kartellwesen auf Kosten der proletarischen Verelendung. Solcher Art vermag der Kapitalismus bei den lebenswichtigen durch erfolgreicher gegen willkürliche Sperrung von Betrieben, mit Streikverboten etc. sperrt nicht mehr einzuschüchtern. Der

Kapitalist vermag dann ~~die~~ *nicht zu decken* ~~und~~ *und* ~~das~~ *ist* ~~das~~ *die* erhöhte Lohnausgabe, samt einer ~~doppelt~~ *erhöhten* Profitrate auf den Warenpreis zu setzen, wodurch die Lohnzulage praktisch wieder unwirksam wird.

Die gegenwärtige wirtschaftliche Krise kann auch mit Gewalt auf die Dauer nicht behoben werden, wenn ~~zur~~ *behalten* das Proletariat die Ueberwindung der Krise durch weitere Verelendung zu ~~bringen~~ *bringen* hat. Solcher Art untergräbt sich die Produktion selbst da sie ihre Grundlage, die Arbeitskraft in ihrer Arbeitsfähigkeit untergräbt. ~~Die Krise und mit ihr~~

~~Die Produktion kann nur behoben werden, wenn der Kapitalismus selbst ~~zur Behobung der Krise, gezwungen wird, aus seinen Profitsäckeln seinen längst schul-~~~~

~~den Anteil beizubringen. Wenn auch die Produktions-~~

kontrolle durch die ~~die~~ Unkenntnis des Proletariats einerseits und durch den wirtschaft -

lichen Druck des Unternehmers andererseits schwer durchzuführen ist, muss sie dennoch durchgeführt werden, da die wirtschaftlichen Verhältnisse im Interesse der proletarischen Lebensexistenz, sowie der Produktion selbst, keinen anderen Weg offen lassen. Was bei der Produktionskontrolle, von den Betriebsräten, gestützt, auf das Betriebsrätegesetz nicht legal durchgeführt werden kann, muss ^{als einziges Mittel} ~~illegal~~ mit Unterstützung der ihrer Klassenlage bewussten Angestellten durchgeführt werden.

5.) ~~Der~~ alten Methoden der verzettelten Teilkämpfe muss, durch Zusammenfassung der Teilaktionen ^{einheitlich} die einheitliche Kampfesfront ~~entgegengestellt~~ werden.

a) Wenn ein Betrieb einer Branche angegriffen wird, muss die ganze Branche in Abwehr treten, und wenn eine Branche angegriffen wird, muss die gesamte Arbeiterschaft zur Abwehr schreiten.

b) Steigerung und systematische Vorbereitung des Kampfes bis zum Generalstreik, einschliesslich der lebenswichtigsten Betriebe.

6.) Der Einheit der Unternehmer muss die organisierte Einheit der Gewerkschaft ^{gegenüber} gestellt werden. Die Branchenorganisationen erschweren den einheitlichen Kampf und verbrauchen zu viel administrative Kraft. Die revolutionären Gewerkschafter müssen daher mit aller Entschiedenheit den Kampf für die Schaffung von Industrieverbänden aufnehmen.

7.) Da der Kapitalismus bei der Offensive mit bewaffneter Macht, in Form einer Technischen Nothilfe, dem Proletariat gegenüber ~~tritt~~ tritt

kann sich das Proletariat nicht nur auf seine organisatorische Macht stützen und mit leerer Faust den bis an die Zähne bewaffneten Söldlingen des Kapitals gegenüberstehen, sondern muss mit den gleichen Waffen, durch die Bewaffnung des Proletariats seinen lebensnotwendigen Verteidigungskampf aufnehmen.

8.) Da ferner der Kapitalismus in seiner Offensive die wirtschaftlichen Mittel mit den politischen verbindet, darf das Proletariat nicht wie bisher einen Trennungsstrich zwischen wirtschaftlichen und politischen Kämpfen ziehen. Dieser Trennungsstrich, welcher im Kampfe praktisch fast nie festzustellen ist, da jede ökonomische Aktion politische Folgen nach sich zieht und umgekehrt, jede politische Aktion sich auch ökonomisch auswirkt, stärkt nur die Offensive des Kapitals und schwächt die Abwehr des Proletariats. Revolutionäre Gewerkschaftsorganisationen, in engster Verbindung mit revolutionären politischen Organisationen müssen im Interesse des Gesamtproletariats auf ihrem Boden den gemeinsamen Kampf des Proletariats führen.

9.) Die Bourgeoisie versucht durch künstliche Verschärfung der Krise, die Arbeitslosen in das Lager der Reaktion zu treiben. Eine künstlich bis aufs Höchstmass gesteigerte Arbeitslosigkeit und die Verweigerung einer notdürftigen auskömmlichen Arbeitslosenunterstützung soll die Indifferenten, Hungernden und verzweifelten Arbeitslosen für den Beitritt zu den kapitalistischen Terrortruppen gefügig machen. Neben der Produktionskontrolle haben daher in erster Linie die Gewerkschaften den energischen Kampf zu führen, für die Arbeitslosenforderun- *ge*

...
datische finanzielle Unterstützung der im Betriebe stehenden Arbeitern gedient. Die Arbeitslosen müssen ausserdem auf die Kampfunterstützung der im Betriebe stehenden Arbeiter rechnen können, in dem diese mit den Arbeitslosen eine einheitliche Kampf-front für die Durchführung der Arbeitslosenforderungen bilden. Der Trennung der Arbeitslosen von den im Betrieb stehenden Arbeitern muss mit aller Entschiedenheit entgegen gewirkt werden. Der Kampf für die Arbeitslosen ist ein Kampf für die Gesamtarbeiterschaft, ein Kampf für die Existenz des Proletariats.

10.) Die Frauen und Jugendlichen werden vom Kapitalismus als besonderes Ausbeutungsobjekt benutzt. Diese Arbeiterschichten müssen so wie die Arbeitslosen, von der Gewerkschaft erfasst und in ihrem Kampfe unterstützt werden. Bloss organisatorisch erfasst, ohne gleichberechtigter Teilnahme in der Organisation, laufen sie der Gefahr der übrigen Arbeiterschaft misstrauisch gegenüber zuzustehen. Trotzdem sie organisatorisch erfasst sind, vergrössern sie solcher Art das Meer der Intifferenten. Der Kapitalismus hat es bisher verstanden durch eine relativ grössere Berücksichtigung der Lohnforderungen der gelernten Arbeiter, die un-gelernten Arbeiter, die Frauen und die Jugendlichen von den gelernten Arbeitern loszulösen, indem sie die spärlichen Lohnzulagen der gelernten Arbeiter bloss auf Kosten der un-gelernten Arbeiter bewilligten. Diese niedrige Entlohnung der Frauen und Jugendlichen hatte zur Folge, dass die Unternehmer bestrebt sind, diese äusserst billige Arbeitskraft weitmöglichst an Stelle der gelernten

ter sind dadurch gezwungen, nach ihrem Ausl^{ahn}~~ahn~~
als ungelernte Arbeiter Beschäftigung zu suchen,
die schlechte Entlohnung der Frauen und Jugendlichen
ist daher ein Nachteil der Gesamtarbeiterschaft.
Nicht nur, dass dadurch die ^{ganze} Gesamtarbeiterschaft
~~gedrückt~~ wird, wird gleichzeitig die Beschäfti-
gungsmöglichkeit der gelernten Arbeiter auf das
unbedingte Mindestmass herabgedrückt. Die revolu-
tionären Gewerkschafter haben daher die Aufgabe ^{sich}
die Gleichberechtigung der Frauen und Jugendlichen
in den Gewerkschaften ^{einzusetzen,} zu fordern. Solange diese
Arbeiterschichte in den Gewerkschaften eine un-
tergeordnete Rolle spielt und vielfach nur von
Gewerkschaftsbürokraten oder gar nur von gelernten
Gewerkschaftsvertretern vertreten werden, kann der

^{indirekt} ~~intensive~~ Lohndruck der Frauen und Jugendlichen
nicht behoben werden. Die Parolen „Gleicher Lohn
für gleiche Arbeit“ darf nicht am Papier stehen
bleiben, sondern muss durch die aktive Teilnahme
der Frauen und Jugendlichen im Interesse der Ge-
samtarbeiterschaft erkämpft und verwirklicht wer-
den.

11.) Die Umgestaltung der reformistischen
Gewerkschaften in revolutionäre Kampforganisationen
ist die Aufgabe der revolutionären Gewerkschafter.
So lange das Proletariat in den Gewerkschaften diese
Umgestaltung nicht durchführt, so lange ist es ausser-
stande den Kapitalismus erfolgreich zu bekämpfen.
Daher haben die Kommunisten in den Gewerkschaften
wie die oppositionellen Blocks ~~von~~ ^{die} ~~Kampfbünde~~
die Revolutionierung der proletarischen Kampffront
zu fördern in der Erkenntnis des Bankrotts der Ge-
werkschaftstaktik des Reformismus, welcher auf

Teilaktionen basiert, ~~und einer Epoche entsprach, da ein relativ gut organisiertes Proletariat unorganisierten Unternehmern gegenüber stand und die Kapitalisten selbst noch nicht in jeder proletarischen Aktion einen Kampf um die Macht selbst erblicken mussten.~~ Infolgedessen gilt es:

1. Staffste Zentralisation in der Zusammenfassung der Teilaktionen auf Landes- und internationalem Maßstabe unter Berücksichtigung der besonderen Kampfbedingungen und massenpsychologischen Voraussetzungen bei der Durchführung.

2. In der Epoche des ~~absterbenden~~ Imperialismus kann und muss die politisch-ökonomische Massenaktion diese Synthese der ökonomischen und politischen Waffe zu höherer Einheit, die eigentliche Aufgabe des revolutionären Proletariats darstellen.

3. Auf diese Weise wird inmitten der durch die Kriegsfolgen revolutionierten Massen in Stadt und Land eine revolutionäre Avantgarde gebildet, welche alle auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes ~~gehenden Kräfte zu einer untrennbaren Einheitsform~~ ^{zuzuschliesst} ~~zusammenschliesst~~, unter dem Banner der Roten Gewerkschaftsinternationale. ^{front}

Als Klassenorganisation sich im Kampfe gegen den Kapitalismus schulend, wird das Proletariat nicht nur die Offensive des Kapitals zurückwerfen, sondern auf Grund der zielklaren revolutionären Führung der Kommunistischen Partei, an Stelle der planlosen kapitalistischen Produktion, die planvolle sozialistische Produktion setzen. Die Gewerkschaft als Klassenorganisationen, sind berufen, dem Lohnabbau und der Mehrarbeit, den reaktionären Terror und dem neubevorstehenden Krieg den revolutionären Abwehrkampf der gesamten Arbeiterschaft entgegenzustellen. Sie kämpfen für die Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiterklasse, aber sie vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung.

Organisatorische Zusammenfassung der Fraktionen

=====

und ~~Organisationsstruktur~~ rev.Blocks.
=====

I. Kommunistische Betriebsfraktionen.

1.) Für alle in der Kommunistischen Partei organisierte, ^{geistige} ~~geistige~~ und ^{manuelle} ~~manuelle~~ Arbeiter beiderlei Geschlechts, ohne Unterschied des Alters, besteht die unbedingte Pflicht, ihrer gewerkschaftlichen Organisation anzugehören.

2.) In allen Betrieben, wo kommunistische Arbeiter und Angestellte beschäftigt sind, schliessen sie sich innerhalb des Betriebes zu kommunistischen Betriebsfraktionen zusammen.

3.) Jede kommunistische Betriebsfraktion wählt aus ihrer Mitte einen leitenden Ausschuss, bestehend aus einem Obmann, (Betriebsgruppenleiter), dessen Stellvertreter, Kassier, Schriftführer, Propagandaleiter und zwei Beisitzern.

4.) Die Aufgaben der kommunistischen Betriebsfraktionen sind: Für den revolutionären Standpunkt der wirtschaftlichen Interessenvertretung der Gesamtarbeiterschaft innerhalb ^t des Betriebes einzutreten, das Wesen und die Ziele des Kommunismus ^{unter} in der Betriebsarbeiterschaft zu propagieren und für die Erstarkung der Betriebsfraktionen Sorge zu tragen.

5.) Die komm. Fraktionen der Betriebe sind verpflichtet, ~~alle~~ ^{alle} Vorkommnisse in den Betrieben, das sind: Lohnbewegungen, Akkordeinführung, Verlängerung d. Arbeitszeit, intensivere Arbeitsmethoden, schlechte hygienische Verhältnisse usw., ^{unpassend (2/24)} ~~aktiven~~ ^{aktiven} Anteil zu nehmen und der übrigen

Arbeiterschaft die Erkenntnis ^{von Notwendigkeit} des rev. komm. Kampfes zu übermitteln.

II. Kommunistische Branchenfraktionen

1.) In Klein- und Zwergebetrieben, wie in solchen Betrieben wo eine technische Möglichkeit zur Bildung von Betriebsfraktionen nicht besteht, (z.B. Hotel-, Gast- und Kaffeehausbetriebe, Banken- und Versicherungsinstituten, Technische Büros, Kleinhandelsbetriebe u. andere kleingewerbliche Unternehmungen), schliessen sich die komm. Arbeiter u. Angestellten zu Branchenfraktionen zusammen.

2.) Die Branchenfraktionen haben die Aufgabe, die wirtschaftlichen u. politischen Interessen innerhalb der Gesamtarbeiterschaft ihrer Branche auf Grundlage der komm. Richtlinien in der Gewerkschaftsfrage zu vertreten.

3.) Die Branchenfraktionen wählen aus ihrer Mitte einen komm. Branchenausschuss, bestehend aus einem Obmann, dessen Stellvertreter, Kassier, Schriftführer, Propagandaleiter u. zwei Kontrolloren.

III. Kommunistische Industriefraktionen

1.) Die komm. Betriebs- und Branchenfraktionen einer Industrie in derselben Gewerkschaftszugehörigkeit schliessen sich, analog der Organisationsform ihrer Gewerkschaftsverbände in komm. Bezirks-, Kreis-, Land-, und Reichsindustriefraktionen zusammen.

2.) Die komm. Bezirks-, Kreis-, Land- und Reichsindustriefraktionen, geleitet durch ihre gewählten Exekutiven, haben die Aufgabe innerhalb ihrer Gewerkschaftsverbände als festgefügte

Oppositionsgruppen zu wirken, für den rev. Standpunkt des proletarischen Klassenkampfes innerhalb der Gewerkschaften einzutreten, für die Wahl von komm. Gewerkschaftsfunktionären Sorge zu tragen und so die Gewerkschaften aus dem reformistischen Fahrwasser hinauszudrängen, um sie auf den Boden des rev. Kampfes zu bringen.

IV. Kommunistisches Gewerkschaftskartell.

1.) Sämtliche Obleute der Branchenfraktionen bilden ein Branchenkartell im Bezirks-Kreis-Land- und Reichsmaßstabs.

~~IV. Gewerkschaftskartell~~ Die rev. Blocks.

1.) Die komm. Fraktionen vereinigen sich mit den rev. in Opposition stehenden Sozialdemokraten und den übrigen rev. Arbeitern, innerhalb der Gewerkschaft, ^{zusammengeschlossen} Die so/gewerkten rev. Blocks bilden sich wie die komm. Fraktionen nach Betrieben, Branchen und Industrien in Bezirks-, Kreis- und Land- u. Reichsmaßstabs.

V. Gewerkschaftsrat der rev. Blocks.

1.) Der Gewerkschaftsrat ist das oberste Organ aller rev. Blocks und ist dem Vollzugsbüro der Roten Gewerkschaftsinternationale, resp. dem Kongress der Roten Gewerkschaftsinternationale unterstellt.

2.) Die Kommunisten im Gewerkschaftsrat, stehend in engster Verbindung mit dem Parteivorstand der K.P.Oe., sind demselben untergeordnet, und haben in gegenseitiger Einvernahme zu allen wichtigen gewerkschaftlichen und politischen Fragen Stellung zu nehmen.

3.) Der Gewerkschaftsrat besteht aus einem Vorsitzenden, Stellvertreter, Schriftführer, Kassier, einem Sekretär, sowie zwei Kontrollleuten und je eines Delegierten der Jugend gewerkschaftlichen Jugend- und Frauengruppe,

4.) Jeder Block entsendet in den Gewerkschaftsrat einen Delegierten, welche mit den Gewerkschaftsratsmitgliedern und Vertrauensleuten der internationalen Propagandakomites den erweiterten Gewerkschaftsrat bilden.

5.) Die Gewerkschaftskomitees der einzelnen Länder bestimmen je einen Vertreter in den Gewerkschaftsrat, der als Reichsgewerkschaftsrat mindestens alle sechs Monate zusammenzutreten hat.

VII Reichskonferenz der revolutionären
Blocks innerhalb der Gewerkschafts-
verbände Oesterreichs

1.) Der Gewerkschaftsrat beruft mindestens alljährlich die Reichskonferenz der rev. Blocks innerhalb der Gewerkschaften Oesterreichs ein.

2.) Die Reichskonferenz hat die Aufgabe, Richtlinien und Statuten zu erweitern oder abzuändern, zu allen organisatorischen und gewerkschaftlichen Fragen Stellung zu nehmen, über Form und Taktik der Propaganda innerhalb der Gewerkschaften endgültige Beschlüsse zu fassen und die Wahl des Reichsgewerkschaftsrates durchzuführen.

Verbindung der kommunistischen Fraktionen mit
der Kommunistischen Partei.

I. Betriebsfraktion

1.) Jede komm. Betriebsfraktion entsendet in die Verträuensmännerversammlung der Lok. Org. einen Delegierten, und umgekehrt kann jede Lok. Org. einen Vertreter in die Exekutive der komm. Betriebsfraktion entsenden.

II. Branchenfraktionen

1.) Jede komm. Branchenfraktion entsendet in den erweiterten Lokalausschuss einen Vertreter; und umgekehrt kann der Lok. Ausschuss eine Branchenfraktion entsenden. In Wien, entsendet jede komm. W. Branchenfraktion einen Vertreter in die Wiener Vertrauensmännerversammlung; und umgekehrt, die Wiener Vertrauensmännerversammlung je einen Vertreter in die Exekutive der Branchenfraktion.

III. ~~Österreich~~ Gewerkschaftskartell

1.) Das Ortskartell entsendet einen Vertreter in den Lokalausschuss; das Landeskartell in den Landespartei Vorstand, das Reichskartell in den Reichspartei Vorstand, und umgekehrt. Das Wiener Gewerkschaftskartell entsendet einen Vertreter in die Landesleitung u. umgekehrt.

Allgemeine Richtlinien für die Fraktionen
und revolutionären Blocks.

I. Exekutiven

1.) Die Exekutiven der Bezirks-, Kreis-, Land- und Reichsindustriefraktionen und rev. Blocks, bestehen aus je: sieben Mitgliedern, und zwar: aus dem Obmann, dessen Stellvertreter, Schriftführer, Kassier, Propagandaleiter und zwei Beisitzern, welche in erster Linie aus den Reihen

der Betriebsräte und Betriebsgruppenleiter, sowie aus den gewerkschaftlichen Funktionären zu entnehmen sind und von der jeweiligen Gesamtfraktion, ^{von dem} resp./Gesamtblock, gewählt werden.

2.) Die Exekutiven haben die Aufgaben zu allen Fragen ihres Gewerkschaftsverbandes Stellung zu nehmen, über die jeweilige Taktik ihrer Fraktion, resp. ihres Blocks, im Rahmen der Gewerkschaft Beratungen zu pflegen, Richtlinien auszuarbeiten, ihre Beschlüsse der Fraktion, resp. dem Block, zur Diskussion und Genehmigung vorzulegen, sowie für eine einheitliche organisierte Opposition innerhalb der Gewerkschaft zu sorgen.

II. Fraktionen

1.) Die Fraktionen bestehen aus allen in der K.P.Organisation geistigen und manuellen Arbeitern, beiderlei Geschlechts, ohne Unterschied des Alters im Rahmen der österreichischen Gewerkschaftsverbände. Jedes in der K.P.Oe. organisierte Mitglied ist verpflichtet, der betreffenden Fraktion resp. dem betreffenden rev. Block seines Betriebs und seiner Branche anzugehören. RIX XXXX

2.) Die rev. Blocks ~~bestehen~~ bestehen aus den freiwillig sich anschliessenden rev. in Opposition stehenden Sozialdemokraten, samt den übrigen rev. Arbeitern und allen Mitgliedern der kommunistischen Gewerkschaftsfraktion.

3.) Die Fraktionen und Blocks haben die Aufgaben, die Beschlüsse ihrer Exekutive zu beraten, zu genehmigen und zu erweitern, durch gegenseitige Berichte die praktischen Erfahrungen in den Betrieben

auszutauschen, Anregungen und Anträge zu bringen, und Beschlüsse zu fassen,

4.) Jedes einzelne Fraktions- und Blockmitglied ist verpflichtet, den einmal gefassten Beschlüssen der Fraktionen, resp. Blocks, gemäß zu handeln, selbe in den Betrieben ~~an~~ in Betriebs- und Vertrauensmännerversammlungen der Gewerkschaft zu vertreten. Bei den von den Branchen- oder Industrieexecutiven einberufenen Konferenzen und Versammlungen ist es Pflicht aller Mitglieder an denselben teilzunehmen.

5.) Die Fraktionen und Blocks haben die Aufgabe überall im Rahmen der Gewerkschaft für die rev. Gewerkschaftsform einzutreten und zu agitieren, für den Ausbau der kommunistischen Betriebsgruppen und rev. Blocks Sorge zu tragen, soweit solche noch nicht bestehen, Neugründungen vorzunehmen und den "Roten Gewerkschafter", das Organ der rev. Blocks, zu verbreiten. Jedes Mitglied der komm. Fraktion ist verpflichtet, den "Roten Gewerkschafter" obligatorisch zu beziehen, und in den rev. Blocks zu trachten, dass jedes Blockanhänger Abonnent des "Roten Gewerkschafts" wird.

6.) Zu den komm. Fraktionskonferenzen und Besprechungen haben nur Mitglieder der K.P. unter Vorweisung der Parteilegitimation Zutritt. Zu den Blockkonferenzen haben nur Blockanhänger Zutritt, welche sich durch ihre Abonnentkarte des "Roten Gewerkschafter" legitimieren.

III. Form der Einberufung.

1.) Sämtliche Sitzungs- und Versammlungsanzeigen der komm. Gewerkschaftsfraktionen und der rev. Blocks, werden in der "Roten Fahne" und dem "Roten Gewerkschafter" veröffentlicht.

2.) Alle Fraktionsmitglieder der K.P. sind

verpflichtet, täglich die Versammlungsanzeigen der Parteipresse zu verfolgen und bei Konferenzen und Versammlungen die übrige Arbeiterschaft darauf aufmerksam zu machen.

IV. Richtlinien der Fraktionen und rev.Blocks.

1.) Agitation, Propaganda und Organisation, für eine rev.Gewerkschaftsbewegung.

2.) Unermüdliches Arbeiten für die Gründung von komm.Betriebs-,Branchen-und Industriegruppen, sowie rev.Blocks, die sich analog der jeweiligen Gewerkschaftsverbände in Bezirk-, Kreis-, Land-und Reich zusammenschließen haben.

3.) Planmäßige agitatorische und organisatorische Arbeit zwecks Durchsetzung von rev.Betriebsräten und Eroberung der gewerkschaftlichen Funktionen in den derzeit reformistischen Gewerkschaften.

4.) Unbedingte Anstrengung nach einer einheitlichen Organisation aller geistigen und manuellen Arbeiter beiderlei Geschlechts ohne Unterschied des Alters, innerhalb der einzelnen Industrien, beruhend auf der Grundlage der Betriebsorganisation, aufgebaut nach Bezirks-Kreis-, Land-und Reichsorganisation.

V. Sonstige Bestimmungen.

1.) Es ist sind Instruktionenvorträge für d.Betriebsräte, gewerkschaftlichen Vertrauensmännern u.Gewerkschaftsfunktionären laufend vorzunehmen, um diesen Genossen die Taktik und das rev.Vorgehen im Interesse des Proletariats zu übermitteln.

2.) Alle Mitglieder d.komm.Fraktionen u. rev.Blocks innerhalb d.Gewerkschaften sind verpflichtet proli. Disziplin zu wahren und sich den Bestimmungen u.Beschlüssen der Majorität unterzuordnen.

F R E Y :

=====

Auf die persönlichen Dinge kann ich bei der Kürze der Zeit überhaupt nicht eingehen. Ich kann nur kurz erklären: von A bis Z, was hier gegen mich in persönlichen Dingen vorgebracht wurde, ist zum grössten Teil unwahr, der Rest ist Verdrehung und Entstellung und zum Teil auch Missverständnis und Irrtum. Ich würde sehr gerne auf diese Dinge eingehen, doch die Redezeit ist zu kurz.

Dem Genossen Maresch möchte ich sagen, dass wir bereits in der Lage sind, sehr gründlich zu beweisen aus Zirkularen, die herumgegangen sind, dass und wie Maresch gegen uns gearbeitet hat und dass wir mit diesen Zirkularen, die da gegen uns versandt wurden, der-Internationale bekanntgeben werden, mit welchen Mitteln gegen uns gearbeitet wurde.

Auf das Problem der Koalition, das Gen. Koplenig angeschnitten hat, kann ich auch nicht eingehen. Es wäre gut gewesen, wenn er uns auch positiv auseinandergesetzt hätte, was er meint. Wenn er meint, dass wir die Möglichkeit einer Koalitionsbildung falsch eingeschätzt haben, so möge er uns sagen, wie er sich das Verhältnis zur Sozialdemokratie positiv vorgestellt hat.

Bei der Kürze der Zeit kann ich mich auf politische Auseinandersetzungen nicht einlassen. Ich muss mich hier darauf beschränken, einige Tatsachen klar-zu-stellen, die für die Beurteilung und Klärung der Parteikrise von aller entscheidendster Bedeutung sind. Drei Fragen will ich klären: unsere Aktion gegen den Genfer Vertrag, die nachgefolgte Arbeitslosenaktion und warum es zur Aufrollung der Gewerkschaftsfrage kommen musste.

Die Aktion gegen den Genfer Vertrag haben wir auf das allergründlichste in planmässiger Steigerung, in einer sich vom August bis Ende November hinziehenden Kampagne vorbereitet. Am Donnerstag, den 25. November bestimmten wir den Samstag, den 25. November als Tag der Aktion und fassten eine Reihe schwerwiegender Beschlüsse. Ich habe damals in jener Sitzung folgende Auffassung vertreten: Den Genfer Vertrag zu verhindern, das sind wir bei der faktischen Koalition zwischen Bourgeoisie und Sozialdemokratie bei den gegebenen Kräfteverhältnissen leider nicht imstande. Unsere Aktion kann daher leider keine Verhinderungsaktion sein, sondern nur eine Druckausübung, nur eine Protestaktion und zugleich eine Demaskierungsaktion, um den Massen in alle Köpfe zu hämmern: wer sind die Verräter. Zugleich aber muss diese Aktion vor dem Proletariat und vor uns selber sinnfällig beweisen, dass wir die mehr als dreissigjährige Isolierung von den Massen durchbrochen haben, dass nun nicht mehr nur die Kommunisten den Ruf der K.P. zur Aktion folgen, sondern darüber hinaus geht, zwanzigttausend und noch mehr Sympathisierende und durch die Aktion selbst müssen wir neue Massen an uns heranziehen und unter den Einfluss der Partei bringen. Allein das wird uns nur gelingen, wenn die Massen unzweideutig sehen, dass die K.P. Aktionen richtig zu führen wirklich versteht. Wir haben, führte ich damals aus, mit grösster Wahrscheinlichkeit mit blutigen Zusammenstössen

zu rechnen, mit Provokationen der Polizei und der Frontkämpfer. Wenn es tatsächlich zu blutigen Zusammenstößen kommt, wenn Arbeiteropfer fallen, wenn die Massen nicht unzweideutig sehen, die K.P. hat alles was in ihren Kräften stand getan, um überflüssige Opfer zu vermeiden - und bei den gegebenen Kräfteverhältnissen könnten es nur überflüssige Opfer sein, wir allein können den Genfer Vertrag nicht verhindern - dann werden die Massen, die sich uns/erst zögernd zu nähern beginnen für lange Zeit wieder vor der K. P. zurückschrecken, wir aber müssen an die Massen heran, das ist der Hauptzweck der Aktion und das muss ausschlaggebend unsere Taktik bestimmen. Ein Blutopfer des Proletariats, ja, aber keine unnützen. Das ist es, was Gen. Daniel gemeint hat. Die Massen müssen sehen, dass durch den Einsatz des Lebens im Kampf Erfolg erzwungen wurde. Oder die Massen müssen durch alle Verleumdungen hindurch erkennen können: nicht die K.P. sondern unsere Feinde haben schuld.

/eben

Ich habe weiter ausgeführt: Am Samstag, den Tag der Aktion, tagt das Parlament. Es besteht das Gesetz, wonach während der Tagung des Parlaments Versammlungen unter freiem Himmel in einem bestimmten Umkreis nicht abgehalten werden dürfen. Die Polizei und die Regierung sind dadurch in der Lage die Demonstration zu verbieten und wenn es zu blutigen Zusammenstößen kommt sich vor den demokratisch versuchten Massen in den Schein des Rechtes zu versetzen. Diese Möglichkeit müssen wir der Polizei und Regierung nehmen. Wir müssen die Demonstrationen so machen, dass sie rechtlich unantastbar ist, wir müssen eine Versammlung im geschlossenen Saal zum Stützpunkt nehmen. Wenn da nicht alle Teilnehmer in den Saal gehen, sondern die Versammlung so gut besucht ist, dass zehntausende draussen aufmarschieren, so bleibt das doch eine Versammlung, an der niemand hindern kann und wenn wir dann korporativ nach Hause gehen, so kann uns auch daran niemand hindern.

Wir haben versucht den Rathaussaal, den Wimbergersaal, den Dreheraal und andere Säle im Innern der Stadt zu bekommen. Vergeblich! Wir bekommen nur den Weigl-saal. Ich schlage daher vor: machen wir eine Versammlung am Samstag beim Weigl, die Massen, soweit sie nicht in den Saal können, marschieren in der Schönbrunnerstrasse auf, nach der Versammlung Demonstration am Parlament vorbei. Da können Regierung und Polizei von rechtswegen nichts dagegen machen. Zweifellos werden wir durch diese Form der Demonstration einen grossen Teil unserer Genossen verschlucken, aber in der Hauptsache erreichen wir unseren Zweck: an die Massen näher heran zu kommen ohne unnützes Blut zu opfern. Mir scheint das Ausweichen in dieser Form das kleinere Übel. Mit Rücksicht auf die kurze Redezeit überspringe ich andere Vorgänge, die sich in dieser Sitzung ereignet hatten und bespreche nur die Hauptsache.

Gegen diese Form der Demonstration, wie sich sie damals vorschlug, erhob sich ein heftiger Widerstand von verschiedenen Genossen. Schliesslich kam einmütig der Beschluss zustande, dass wir die Demonstration vor der Votivkirche machen. Allein da ergab sich nun folgende Schwierigkeit: wenn die Polizei das Verbot am Samstag ergehen lässt, am Tag der Demonstration - wie immer wir uns

dazu verhalten, - wir sind überhaupt nicht mehr imstande unseren Genossen Direktiven zu geben. Daraus kann das gefährlichste Chaos entstehen. Wir waren daher gezwungen, uns unbedingt am Freitag Klarheit über die Pläne der Regierung zu schaffen und darum wurde, einmütig beschlossen; wenn bis Freitag $\frac{1}{2}$ 11 Uhr vormittags kein Verbot ergangen ist, dann haben zwei Parteivorstandsmitglieder zur Polizeidirektion zu gehen, um Klarheit zu schaffen. Hierzu wurden Tomann und ich bestimmt. Ich hatte am nächsten Tag den Aufruf für die Demonstration zu machen und sagte daher, ich könne nicht bestimmt zusagen. Es wurde dann Gruber bestimmt. Tatsächlich war es mir dann doch möglich, zusammen mit Tomann hinzugehen. In derselben Sitzung wurde auch genau besprochen, was in der Polizeidirektion zu reden sei, nämlich dass wir erfahren haben, die Regierung plane die Demonstration ~~zu verbieten~~ zu verbieten und auf welche gesetzliche Grundlage die Regierung ihr Verbot stütze; dass wir erfahren haben, dass die Frontkämpfer durch Provokationen blutige Zusammenstöße herbeiführen wollen und dass wir die Polizei auf ihre gesetzliche ~~Grundlage~~ aufmerksam machen, derartige Provokationen zu verhindern.

/Pflicht

Am Freitag nach $\frac{1}{2}$ 11 gingen nun tatsächlich Tomann und ich zur Polizeidirektion. Gen. Sonnenschein begleitete uns von der Partei bis zum Tor der Polizeidirektion. Unterwegs wurde noch auf das gründlichste besprochen, was gesagt werden solle. Wir langten oben an, hatten zunächst ein belangloses Gespräch mit Polizeirat Presser. Er machte uns auf ein, zwei Strassen aufmerksam, wo etwas in unseren Direktiven nicht stimme. Wir erklärten, wir würden das überprüfen. Beim Chef der Staatspolizei, Hofrat Tandler, wickelte sich das Gespräch wie folgt ab. Ich sagte: Die Kommunistische Partei hat erfahren, die Regierung beabsichtige die Demonstration zu verbieten. Wir fragen hiemit offiziell an: auf welche gesetzliche Grundlage stützt die Regierung dieses Verbot? Worauf wir zur Antwort bekamen, das Parlament werde nachmittags zwischen 2 bis 6 Uhr unterbrochen sein, der Abgeordnete Laimer sei gestorben und alle Abgeordneten würden an seinem Begräbnis teilnehmen. Über Anfrage sagten wir, dass wir unserer Meinung nach um 5 Uhr am Parlament vorbei sein werden und erklärten uns auch bereit mit Rücksicht auf die Kürze des Tages statt am Schwarzenbergplatz ~~schon~~ schon bei der Bellaria abzubiegen. Bezüglich der Frontkämpfer sagte ich: wir haben erfahren, dass die Frontkämpfer durch Provokationen blutige Zusammenstöße herbeizuführen beabsichtigen. Wir machen die Polizeidirektion darauf aufmerksam, dass es ihre gesetzliche Pflicht ist, die Frontkämpferprovokation zu verhindern. Auch darüber hatten wir im P.V. gesprochen. Wir rechneten mit Bestimmtheit mit blutigen Zusammenstößen und haben uns gesagt: kommt es dazu, dann wird es uns leichter sein den Massen zu beweisen, dass nicht wir an den unnütz gefallenen Opfern schuld ~~wird~~ haben, sondern die Regierung und die Polizei.

Das waren die Ursachen und so war der Verlauf der Intervention bei der Polizeidirektion. Darüber wäre nun weiter nichts zu reden. Allein nehmt an, ich hätte damals tatsächlich inkorrekt gehandelt, ich hätte irgend ein Verhalten bei dieser Intervention an den Tag gelegt, das die Absicht auch nur durchleuchten liess, die Aktion zu sabotieren oder gar völlig zu verhindern. Was wäre da die selbstverständliche Pflicht des mich begleitenden Kommunisten gewesen? Augenblicklich zum P.V. gehen, den Sachverhalt den Genossen anzuzeigen und mich zu justifizieren. Es geht aber nicht an derartige Anschuldigungen zu verschweigen und dann vier Monate später darüber die unglaublichsten Darstellungen in die Welt zu streuen. Diese verleumderische Darstellung der Intervention bei der Polizeidirektion - und auch in diesem Zirkular da, Gen. Maresch, ist die Sache in dieser verleumderischen Weise dargestellt! - hat in ganzen Lokalorganisationen mit einem Ruck das Vertrauen zu mir unterbunden. Und ich sage: wenn ich wirklich so gehandelt hätte, wenn ich wirklich die Aktion sabotiert hätte, oder sie gar hätte verhindern wollen, ich sage, Ihr Genossen hier hättet vollkommen recht über einen solchen Kerl herzufallen, ihn zusammen-zu-hauen und dann zur Tür hinauszuschmeissen.

Genossen und Genossinnen! Welchen Beweis soll ich Euch bringen, dass ich bei der Intervention korrekt gehandelt habe? Ich habe nur einen Indizienbeweis. Der Aufruf der Partei vom 9. November hat mit den Worten geendet: „Arbeiter! Angestellte! Beamter! Proletarierinnen! Ihr selbst müsst auf dem Plan erscheinen! Ihr selbst müsst Euch wehren! Kommt in Massen in unsere Versammlungen! Bereitet Euch vor auf den Ruf unserer Partei in Massen zu erscheinen!“ Das war nach 3 1/2 Jahren zum erstenmal wieder das Ansetzen zu einer Aktion selbständig als Partei. Der Grossteil der Genossen hat das damals nicht verstanden. Das hat mich zu jenem Artikel veranlasst am 12. November „Aktive Kommunisten an die Arbeit!“ .. mit „Schlafkommunisten ist dem Proletariat nicht helfen, vorwärts an die Arbeit!“ Derselbe Mann, der so vorwärts treibt, derselbe Mann soll dann paar Tage später dieselbe Aktion sabotieren oder gar zu verhindern trachten durch eine Intervention bei der Polizei? Das ist ein gar zu arger Widerspruch.

Aber habe ich nicht doch einen wirklichen, einen lebendigen Beweis? Es war doch ein zweiter Kommunist mit mir, ein zweites Parteivorstandsmitglied! Und da nun komme ich zu einer persönlichen Frage, die im eminentesten Sinne eine parteipolitische Frage ist. Wie ist das Gerücht entstanden, dass Frey die Aktion bei der Polizei sabotieren oder gar verhindern wollte? Es hat durch niemand anderem geschehen können, als durch den Genossen, der mitintervenierte hat. Und ich frage: wenn der zweite Genosse dies behauptet, wenn auch erst nachdem vier Monate abgelaufen sind, was soll dann der andere Kommunist, was soll ich tun? Kann ich Euch den Chef der Staatspolizei als Zeugen herbringen? Das heisst ich bin blitz und blank diesem zweiten ausgeliefert und, wenn er sagen würde, der Chef der Staatspolizei hat ihm eine Kiste Zigarren gegeben und er hat sie genommen, so bin ich wehrlos dagegen und ich kann nur sagen, dass wir mit einem Genossen, der derartig gehandelt hat unbedingt

und unmöglich in der Exekutive einer revolutionären Kampfpartei zusammen sein können. (Lebhafter Beifall).

Und nun zur Arbeitslosenaktion. Bei dieser Aktion hat es sich zwischen uns nicht um die Terminfrage gehandelt. Die Aktion musste um eine Woche früher durchgeführt werden. Selbst um die aufrufartig gehaltenen Spitze in der Roten Fahne vom 3. Dezember, worin es heisst: „Auf zur Massenaktion der Gesamtarbeiterschaft!.. nicht die Geldunterstützung der Betriebsarbeiter kann uns helfen, helfen kann uns nur der Kampf mit allen und den letzten Mitteln", selbst das hat in den Auseinandersetzungen, was die Frage der Verantwortlichkeit dafür betrifft, keinen ernststen Streitpunkt gebildet. Entscheidend war, dass durch die Veröffentlichung dieser aufrufartig gehaltenen Spitze am 3. Dezember, die ohne Wissen der Parteileitung an die Spitze des Blattes gekommen war, die Aktion eingeleitet wurde ohne Zustimmung, ja ohne Wissen der Parteileitung oder auch nur des politischen Büros. Doch immerhin, an jenem Samstag war eine gewisse zwingende Notwendigkeit zu einer Veröffentlichung vorhanden. Aber nach diesem Samstag verlief der Sonntag, der Montag, der Dienstag, der Mittwoch, der Donnerstag und nichts ist von den drei Genossen des P.V., die diese Aktion ohne Wissen der Parteizentrale eingeleitet hatten, geschehen, den P.V. oder wenigstens das politische Büro einzuberufen und zu sagen: Das haben wir gemacht und das sind die Gründe dafür. Hier war ein Fall, wo ohne Zustimmung, ja ohne Wissen des P.V. oder auch nur des politischen Büros von einigen Parteivorstandsmitgliedern eine Aktion von grosser Tragweite eingeleitet wurde. Ich hatte damals einige Tage Erholungsurlaub, der mit einstimmig vom P.V. bewilligt worden war und entgegen der Vereinbarung mich telegraphisch zurückzuberufen - ich war zwei Stunden von Wien - hat man mich nicht einberufen. In der P.V. Sitzung am 8. Dezember stellte ich einen Antrag, worin es heisst:

Der Kampf der Arbeitslosen ist von ausserordentlicher Bedeutung. Die Partei darf sich bei diesem Kampf nicht hinter den Schild des Zentralarbeitslosenausschusses, noch hinter den Schild des Gewerkschaftsrates der revolutionären Blocks stellen, sondern sie muss ihr eigenes wahres Gesicht zeigen. Die Partei muss vollkommen offen ihr ganzes Gewicht als Partei für die Arbeitslosen in die Waagschale werfen. Der P.V. muss einem von ihm gezeichneten Aufruf das Gesamtproletariat zur äussersten Unterstützung der im Zug befindlichen Aktion der Arbeitslosen auffordern.

Und nun kommt Ihr nach diesem von mir am 8. Dezember gestellten Antrag die Grösse der Verleumdung ermassen, ich hätte die Aktion der Arbeitslosen (XX (11. Dezember) verhindern wollen. Auch das wird in dem

Zirkular behauptet, das von Wien geschickt wurde und mit dem Du hausieren gegangen bist Gen. Maresch, und mit dieser Verleumdung wurde auch hausiert fast in allen Wiener Lokalorganisationen.

Es heisst dann weiter im 3. Absatz meines Antrages vom 8. Dezember und das ist sehr wichtig, denn das führte zur Aufrollung der Gewerkschaftsfrage:

Schliesslich stellt der P.V. fest: Der Kampf der Arbeitslosen ist eine politische Aktion. Politische Aktionen, ja überhaupt Aktionen mit politischem Einschlag können in einer K.P. nicht beschlossen werden von einer Abteilung der Partei, sei es nun die Gewerkschafts-abteilung, die Soldatenabteilung, die Frauen-abteilung, die Bildungsabteilung, die tschechische Abteilung usw. sondern sie können beschlossen und geleitet werden nur vom Parteivorstand und soweit dieser nicht versammelt ist, vom politischen Büro. Es ist vollkommen ausgeschlossen und ist eine der schwersten Verletzungen des zentralistischen Organisationsprinzips der K.P., dass eine Abteilung der Partei auf eigene Faust eine politische Massenaktion beschliesst, einleitet und führt.

So oder so, trägt ~~er~~ der P.V. trägt da vor der Partei und vor der proletarischen Öffentlichkeit die Verantwortung für eine politische Aktion, die der P.V. gar nicht beschlossen hat. Die Partei kann nicht zwei Zentren haben. Die Gewerkschaftsabteilung und den Parteivorstand. Die Zentrale der Partei ist der Parteivorstand, alle anderen zentralen Organe der Partei sind Hilfsorgane des Parteivorstandes und diesem untergeordnet.

Die ganze Resolution war prinzipiell gestellt. Die Stellen, die irgendwie das Verhalten bei der Arbeitslosenfrage tadelnd erwähnt wurden gestrichen. Bei der Abstimmung über diese Resolution hat Gen. Riess dagegen gestimmt. Wir sehen darin eine Unklarheit des Gen. Riess, dass er die Tragweite der Resolution nicht erfasse und das ist unsere Meinung noch heute. Koritschoner und Tomann aber enthielten sich trotz mindestens zehnmaliger Aufforderung der Abstimmung. Es handelt sich in diesem 3. Absatz um die entscheidende prinzipielle Frage: ein Aktionszentrum in der Partei oder zwei? Es gibt nur zwei Möglichkeiten: entweder die Resolution ist richtig, dann muss man dafür stimmen oder sie ist falsch, dann muss man sie ablehnen, oder man muss einen Gegenentwurf stellen, der die richtige Auffassung wiedergibt. Wenn man sich aber der Abstimmung enthält, dann muss jeder politisch denkende Mensch daraus den Schluss ziehen, dass in dieser Kardinalfrage irgendwelche ernste Meinungsverschiedenheiten vorhanden sein müssen. Das war der entscheidende Grund, der zwangs-

läufig dazu geführt hat, dass wir die Gewerkschaftsfrage aufrollen mussten.

Welche Differenzen bestehen zwischen Parteivorstandsmehrheit und Parteivorstandsminderheit? Es bestehen Differenzen in Bezug auf die Bewertung der Lage und den Perspektiven, die Kriegsgefahr, der Lage der Arbeitslosen, den Faschismus, der Taktik gegenüber der Reaktion und Differenzen auch organisatorischer Natur und in Bezug auf die Gewerkschaftsfrage. Diese Differenzen werden im 2. und 3. Punkt der Tagesordnung wenigstens in der Debatte behandelt werden. Wir haben nämlich unsere diesbezüglichen Anträge zum Punkt Taktik und zum Punkt Gewerkschaftsfrage, zwei Anträge, worin die Differenzen klar herausgearbeitet waren, über Wunsch des Vertreters der Internationale zurückgezogen.

Wir sind immer auf dem Standpunkt gestanden, dass prinzipielle Differenzen unter uns nicht bestehen. Das heisst, Unterschiede von solcher Bedeutung, dass der eine oder der andere Teil aus der Partei hinaus müsste, bestehen nicht. Solche Unterschiede bestehen nicht, deshalb haben wir auch nie an irgendwelche chirurgische Massregeln gedacht, während die Gegenseite allerdings solche chirurgische Massregeln vorgeschlagen hat. Prinzipielle Gegensätze unter uns können schon aus dem Grunde nicht bestehen, weil die Gegenseite keine Prinzipien hat.

Es bestehen aber sachliche Differenzen unter uns, die ich oben schon kurz angedeutet habe: Unterschiede in Bezug auf die Bewertung der Lage und die Perspektiven, insbesondere in Bezug auf die Kriegsgefahr, die Lage der Arbeitslosen, die faschistische Gefahr, es bestehen taktische Differenzen z.B. in Bezug auf die Frage wie der Kampf gegen die Reaktion zu führen sei, über die Frage der Aktionen überhaupt, es bestehen organisatorische Differenzen, z.B. über die Frage ein Aktionszentrum oder zwei und es bestehen gewerkschaftliche Differenzen.

Es bestehen auch persönliche Differenzen und hier meine ich nicht jene Nachtopfargumente, wie sie heute in so grosser Zahl vorgebracht wurden, sondern jene persönlichen Differenzen, welche ernsten parteipolitischen Charakter haben.

Ihr, Genossen der Parteitagsmehrheit, wollt einen Parteivorstand, zu dem Ihr vollkommenes Vertrauen habt. Das ist richtig.

Ihr wollt einen einheitlichen P.V. Auch das ist richtig. Aber wo bleibt die Einheitlichkeit? Die Genossen Maresch und Pollak, Mitglieder der Parteitagsmehrheit, führen hier einen Kampf gegen das Statut mit klar liquidatorischer Tendenz. Ihr wollt den P.V. aus Euren Genossen zusammensetzen und wollt Euren P.V. nicht ein Statut geben, das ihn organisatorisch in Stand setzt die Partei kommunistisch zu führen! Ebenso liquidatorisch und in Österreich besonders gefährlich ist das Ausspielen der Provinz gegen Wien und Wien gegen die Provinz wie es hier Maresch getan hat. Und drittens: so und so, viele Äusserungen sind während dieses Parteitages von Seite der Parteitagsmehrheit gefallen, die liquidatorisch sind in Bezug auf die Komintern. Z.B. die Äusserung Polzers, der Parteitag sei autonom und souverän, die Internationale habe da nichts drein zu reden.

Ihr wollt einen einheitlichen Parteivorstand, aber von einer Einheitlichkeit in eurer Mitte ist keine Spur. Ihr seid ein: einseitig nur nach negativem Hinsicht. Ihr seid einig unanur nach dieser Richtung, aber ihr seid einig, die bisherige P. B. Mehrheit in ihren Personen und insbesondere an meiner Person zu beseitigen. Nun nichts leichter als ja. Ihr werdet uns ganz einfach nicht wählen wir werden selbstverständlich keine Mandate in der Partei miterbeiten, wir werden auch helfen, die Mandate zu lösen, zu beseitigen, werden euch unterstützen und uns bemühen das Vertrauen wieder zu gewinnen.

Was aber vor uns ist doch positiv? Nichts, nichts und wieder nichts. Frey beseitigen, gut. Aber was dann? Darüber habt ihr unabsehbar nichts gesagt. Doch ja, Komann hat in der Diskussion gesprochen, er hat uns gezeigt, dass im Kopf eines Führers auch vier kleine Plätze haben, die einander dann zu vertragen sollen. Und heute auf dem Parteitag? Ihr habt unsere Linie übernommen auf Papier wenigstens. Nun, Themen sind eine schöne Sache, aber schließlich muss sich die Einheitlichkeit der Linie in der Praxis bewähren. Ist das Kraftig, die Praxis wird also eure wirkliche Linie sein.

Aber die Linie das sei, Ihr habt auch wichtige Fähigkeiten und andere Fähigkeiten, die nicht in dieser Linie gesehen werden können, nicht nur der politischen, sondern der praktischen Vertretung. Hier muss das Vertrauen zu den Mandatsträgern sein, die das Vertrauen zu den Mandatsträgern besitzt. Ihr habt die politischen Visionen und die Linie, also werden wir auch nicht in der Parteiverwaltung (Bravorufe), wir werden in der Partei arbeiten, werden euch helfen und das Vertrauen das uns fehlt mit der Zeit auch gewinnen.

Was ist die tiefste Ursache der heutigen Parteikrise? Das sind die Verhältnisse selbst. An zunehmender Druck lastet auf dem Proletariat. Sozialdemokratie und Gewerkschaften versagen. Unsere Partei ist aber noch nicht in der Lage der Arbeiterenschaft genug wirkliche Erleichterungen zu erkämpfen. Daraus ist/len Reiben unserer eigenen Parteimitglieder eine dumpfe Unzufriedenheit entstanden, die sich gegen die Partei selbst kehrt und letztlich alles gegen die Führung. Nur auf diesem Boden konnte eine durch viele Monate planmäßig, von Erregtriene Nachtoperkationen die Vertrauen zur Führung erschüttern. Die Führung kann auch belächeln und wir, auch wenn wir nicht in der Spitze stehen, wir werden als Soldaten schulten an schulten mit euch halten schliesslich Erfahrungen der Partei zu ergreifen und vorwärtskommen. Uns ist nicht genug aus die Zukunft der Partei, trotz allem und alledem.

/ in

Die rechten und die „linken“ Abweichungen.

In der gegenwärtigen Periode, in der sich die Weltrevolution in langsamem Tempo, in langwierigen Kämpfen fortentwickelt, wird die Gefahr von opportunistischen Abweichungen verstärkt. Diese Gefahr wird noch dadurch vermehrt, dass die Partei bei dem verhältnismässigen Mangel an Kräften für die Vertiefung und Schulung der Parteimitglieder nicht genügend Sorge getragen konnte.

Die opportunistischen Abweichungen äussern sich:

- 1.) in dem Bestreben die aus der ^{unvermeidlichen} unmöglichen Zuspitzung der Gegensätze im nationalen und internationalen Massstab anschwellende Gefahr imperialistischer Abenteuer der Bourgeoisie durch Formeln, wie „nur nicht schwarz = sehen“ zu verkleinern;
- 2.) in dem Bestreben, die Lage der Arbeitslosen als nicht so verzweifelt erscheinen zu lassen, wie sie es in der Tat ist und in dem Bestreben die Gefahr, dass weitere Schichten der Arbeitslosen von der Reaktion geködert werden könnten, als „masslose Verzerrung der Tatsachen“ hinzustellen und so die fascistische Gefahr kleiner erscheinen zu lassen, als sie es wirklich ist.

Beide Einstellungen müssen Illusionen über die wirkliche Gefahr der Lage im Proletariat erwecken und seinen Kampfwillen schwächen;

- 3.) in der trade unionistischen Zielsetzung für unsere Arbeit in den Gewerkschaften. Auffassungen, dass unsere Arbeit in den Gewerkschaften nur gewerkschaftlichen Zwecken dienen dürfe, gefährden, unsere letzten revolutionären Zwecke, nämlich, den Zweck einer der Machteroberung dienenden Gewerkschaftsarbeit;

- 4.) In dem Bestreben, die Partei zu einer Massenpartei zu machen auf Kosten ihres kommunistischen Charakters, das heisst in

dem Bestreben das Herankommen an die Massen der Partei zu erleichtern und ihr quantitatives Wachstum zu beschleunigen, auf Kosten ihres kommunistischen Charakters, zum Beispiel durch Lockerung ihres zentralistischen Gefüges.

Andererseits zeigen sich scheinbar „linke“ Abweichungen:

1) in Auffassungen, dass der Kampf gegen die Reaktion vor allem selbstständig von der Kommunistischen Partei organisiert werden müsse. Bei den tatsächlichen Kräfteverhältnissen müsste diese Einstellung von der Einheitsfronttaktik ^{zur} letzten Endes zur Putschtaktik führen. König-Tum

Ebenso fehlerhaft ist die Überschätzung der sofortigen Möglichkeit, das gesamte Proletariat Österreichs von der Kommunistischen Partei und dem Gewerkschaftsrat organisiert in den unmittelbaren Kampf führen zu können, so richtig es auch ist, dass die Kommunistische Partei dieses Ziel mit allen Mitteln ^{wurzelt} anstreben muss. Diese Überschätzung ~~beruht~~ ^{wurzelt} in einer völligen Verkennung der tatsächlichen Kräfteverhältnisse und in einer Verkennung der Einheitsfronttaktik.

Verwandt damit sind Auffassungen, welche nur in der revolutionären Gewerkschaftsbewegung die einzige Anwendung der Einheitsfront sehen und sich durch die gegenwärtig besonders grosse Wichtigkeit des gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Kampfes dazu verleiten ^{lassen} ~~lassen~~, die Bedeutung des ~~politischen~~ ^{politischen} Kampfes zu unterschätzen und die richtige und selbstverständliche Tatsache der Einheit und Untrennbarkeit des wirtschaftlichen und politischen Kampfes missverstehen, dass sie glauben sich in der Hauptsache auf den gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Kampf

beschränken zu ^{bestimmen} wollen.

Die vereinzelt auftretende gutgemeinte Auffassung, es könnten und dürften im Zug befindliche Aktionen durch Einwirkungen, die keiner Kontrolle der Partei unterliegen, über sich selbst hinausgetrieben und so die Revolution beschleunigt werden, muss als Putschismus reinsten Wassers auf das schärfste zurückgewiesen werden.

1 a) In dem Bestreben, ohne Zustimmung und ohne Wissen der Parteizentrale eine von der Parteiorganisation isolierte und von der Zentrale unabhängige illegale Organisation zu schaffen. Derartige Versuche stehen im strikten Widerspruch mit den Thesen des II. und III. Weltkongresses über die illegale Arbeit. Auf das allerschärfste aber muss verurteilt werden die Verwendung dieser so geschaffenen illegalen Organisation als eine Art Fraktion innerhalb der Partei zur Beeinflussung der Mitglieder und zur Druckausübung auf die Instanzen bei der Austragung der in der Partei vorhandenen Meinungsverschiedenheiten;

(Absatz 1a ist nicht zu veröffentlichen, sondern als Parteiintern mittels Rundschreiben den Lokal und Landesorganisationen bekanntzugeben .)

2.) in dem Bestreben, die Arbeit der kommunistischen Gewerkschaftsspitzenfraktionen und der darin befindlichen Parteivorstandsmitglieder trotz der formellen Anerkennung ihrer Unterstellung unter die Partei, faktisch doch dieses Verhältnis der Unterstellung in eine Nebenordnung zu verwandeln.

3.) in dem Vertiefen der innerhalb der Partei teilweise vor-

handenen Antiführerstimung und dem Missbrauch dieser Antiführerstimung bei der Austragung der in Partei herrschenden Meinungsverschiedenheiten. Auf diese Weise würde im stärksten Masse der Zentralismus, die Disziplin und das Vertrauen der Mitgliedschaft zu den leitenden Parteinstanzen geschwächt.

Die Klärung innerhalb der Partei wird wesentlich erschwert nicht nur durch das System der Stimmenenthaltung, sondern auch und vor allem dadurch, dass die sachliche Diskussion durch rein persönliche Argumente erschwert, ja unmöglich gemacht wird. In Hinkunft muss der Grundsatz gelten: 1. wo Kommunisten untereinander durch Abstimmung entscheiden, darf sich grundsätzlich kein Kommunist der Abstimmung enthalten, 2. die Meinungsverschiedenheiten müssen durch sachliche Diskussion geklärt werden unter schärfster Zurückweisung aller rein persönlichen Argumente.

Der Partei ^{hat} weist jeden Versuch den Zentralismus ^{in der Partei} ~~in~~ zu lockern entschieden zurück, ob er nun von rechts her unter dem irreführenden und entstellenden Schlagwort „Parteimilitarismus“ kommt oder in einer sich syndikalistischen Auffassungen nähernden Art von anderer Seite begründet wird.

Ebenso weist der Parteitag entschieden jede wie immer gear-tete Form des Zentralismus mit Vorbehalt zurück, das heisst, eines Zentralismus, der nicht prinzipiell anerkannt wird, sondern nur dann, wenn er an bestimmte Personen geknüpft ist.

Die Kommunistische Partei muss, um ihren revolutionären Aufgaben gerecht zu werden, auf die äusserste Erstraffung der gesamten Partei hinarbeiten.

F R E Y

Wir haben zu der Gewerkschaftsfrage ~~zwei~~ Gegenthesen eingebracht, sie jedoch über Ersuchen des Vertreters der Internationale zurückgezogen. Wir werden für die Thesen Koritschoners stimmen. An den Thesen Tomanns haben wir mitgearbeitet. Wir werden trotz der Gegensätze in einzelnen Punkten doch auch für diese Thesen stimmen. Nun kurz die Differenzen, die es sich in der Gewerkschaftsfrage zwischen uns ergeben haben.

Mein Diskussionsartikel über die Probleme der Gewerkschaftsarbeit hat mit dem Satz begonnen: „Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist die Arbeit auf gewerkschaftlichen Gebieten das aussichtsreichste Mittel an die grossen Massen heranzukommen.“ Tomann hat sich dagegen gewendet, er warf mir vor, mir sei die Gewerkschaftsarbeit nur ein Mittel Mitglieder für die Partei zu gewinnen. Was heisst das an die Massen heranzukommen? Das heisst erstens das Misstrauen der Massen gegen den Kommunismus überwinden; das heisst zweitens, dieses Misstrauen in Sympathie für den Kommunismus umzuwandeln. Das heisst drittens, die Massen einreihen in die revolutionäre Kampffront. So ist mein Satz zu verstehen. Und wenn wir schliesslich dabei Mitglieder für die Partei gewinnen, so verstehe ich nicht, warum ein Führer der K.P. etwas dagegen einzuwenden hat. Das ist umso merkwürdiger als Tomann und Koritschoner zusammen am 29. Dezember Thesen vorgelegt haben, in denen es wörtlich heisst: „Die Gewerkschaft ist Rekrutierungsinstrument der Partei“ und wir, die Parteivorstandsmehrheit, waren es, die das damals wie folgt korrigiert haben: „Die Gewerkschaft als eines der wichtigsten Instrumente im Kampfe des Proletariats um eine Besserung seiner Lebensbedingungen und für die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft ist zugleich auch eines der wichtigsten Rekrutierungsgebiete der K.P.“ Und Koritschoner hat im Roten Gewerkschafter Nr. 5 vom 3. Februar geschrieben: „Die Fraktionen haben für die Gewinnung- und Schulung von Mitgliedern aus den Blöcken einzutreten.“ Das also was Tomann und Koritschoner uns vorwerfen, haben Tomann und Koritschoner selbst getan. Wir aber werfen ihnen das nicht vor.

Tomann sagt in seinem Artikel weiter: „Der Gen. Frey denkt sich also die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften als ein Mittel zu einem anderen Zweck“ und sagt er dann weiter „man darf die Rote Gewerkschaftsinternationale nicht als ein Mittel der Kommunistischen Internationale auffassen zu einem Zweck der ausserhalb der Gewerkschaftsbewegung liegt.“ Das sind Auffassungen die ich nicht unterschreiben möchte. Denn positiv gewendet heisst das: „Wir Kommunisten dürfen in den Gewerkschaften nur für gewerkschaftliche Zwecke arbeiten. Das sind irreführende und gefährliche Auffassungen. Wir Kommunisten kämpfen um höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, bessere Arbeitsbedingungen, aber der Kampf um diese an sich rein gewerkschaftlichen Zwecke ist uns nicht Selbstzweck, sondern zugleich Anknüpfungspunkt, um die Massen für den revolutionären Kampf, für den Kampf um die Diktatur, für den

Kampf um unsere Endziele zu gewinnen und zu schulen. Diese Ansichten Tomanns dürften mehr einer Unklarheit des Denkens als bewusster Irreführung entspringen. Es ist klar, dass durch solche unklare Auffassung in den Köpfen von Führern tradeunionistische Tendenzen in den Köpfen der Mitglieder erweckt werden müssen. Wir Kommunisten dürfen die Kämpfe um Lohn, Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen, kurz die Kämpfe um die Tagesfragen nicht entgegengestellt den Kampf um unsere Endziele, sondern wir müssen beides dialektisch verbinden zur Einheit des revolutionären Prozesses, zur Einheit des rev.Kampfes.

In der Frage des Verhältnisses der Fraktionen zur Partei, hat insbesondere Ketzlik Auffassungen vertreten, die wir durchaus nicht teilen können. Von den Kongressen kommend, hat er uns berichtet, es sei eine Lockerung des Verhältnisses zwischen Komintern und Profintern beschlossen worden und diese Lockerung müssten nun auch wir in Österreich ausnützen. Demgegenüber haben wir gesagt: „Grösste Bewegungsfreiheit in Bezug auf die Gewerkschaften und die Blocks ja, aber desto straffer's Verhältnis zwischen Fraktionen und Partei. In diesem letzteren Punkte muss absolute Klarheit herrschen. Insbesondere aber muss unbedingte Klarheit herrschen in dem Verhältnis der Spitzenfraktion zum Parteivorstand. Das Verhältnis der Unterstellung der Spitzenfraktion unter den P.V. darf nicht abhängig gemacht werden von der personellen Zusammensetzung des P.V. Es gibt keinen Zentralismus mit Vorbehalt innerhalb der K.P., sondern der Zentralismus muss ~~xxx~~ prinzipiell anerkannt werden.

Grosse Anfechtungen erfuhren meine Leitsätze in der Frage der Sammlungen, Gegen die Sammlungen für den Gewerkschaftsfond haben wir niemals etwas eingewendet. Nur dagegen haben wir uns gewendet, dass diese Sammlungen für den Gewerkschaftsfond auf Kosten der Partei vollzogen werden; der Partei dürften sie dadurch die finanziellen Quellen nicht abgeschnitten werden. Wie Recht wir hatten zeigt die Mitteilung; die Gen.Litzen, ein Führer der Strassenbahner, am 31.Jänner in der Mitgliederversammlung in Meidling gemacht hat, Tomann hatte Litzen aufgefordert: „Sammelt doch für den Gewerkschaftsfond! Worauf Litzen: Wir sammeln, die Hälfte gehen wir dem Pressfond der Partei, die andere Hälfte dem Gewerkschaftsfond. Darauf Tomann: Dem Pressfond der Partei braucht Ihr nichts zugeben, der hat genug, gebt alles dem Gewerkschaftsfond. In Wirklichkeit hat der Pressfond der Partei ein gewaltiges Defizit. Das heisst doch wirklich der Partei die finanziellen Quellen beschneiden. Darum habe ich den Antrag eingebracht: Sammlungen bei Parteiveranstaltungen gehören der Partei, Sammlungen bei Blockveranstaltungen gehören den Blocks.

In meinem Antrag von 15.Dezember hatte ich auch beantragt, die Blockgelder, sollten in der Kasse der Partei deponiert werden, sollten ständig getrennt von den Geldern der Partei. Ausserdem hatte ich beantragt Die Blockgelder sollten formell von den Blockrevisoren kontrolliert werden, faktisch jedoch auch von der Reichsrevisionskommission der Partei. Beide Anträge sollten

als streng parteivorstandsintern gelten. Ich gebe zu, dass das ein Fehler war. Aber wir haben in finanziellen Dingen schon so böse Erfahrungen gemacht, dass ich mir dachte, es ist gut, wenn eine gewisse Zeit - ohne den Genossen ein Misstrauen auszudrücken - eine schärfere Kontrolle geübt wird. Aber ich gebe den Genossen Recht, wenn das ~~ganz~~ in die Öffentlichkeit gekommen wäre, hätte dies ein gefährliches demagogisches Mittel gegen uns sein können und ich habe dann gleich, belehrt durch die Argumente unserer Gewerkschafter, diesen Antrag geändert. In dem Antrag, den ich kurze Zeit darauf gestellt habe, heisst es ausdrücklich, dass die Komm. Fraktionen in Bezug auf die Verwaltung und Verwendung der Blockgelder vollkommen freie Hand haben und dass die Kontrolle der Blockgelder ausschliesslich nur durch die Blockrevisoren besorgt wird.

Dennoch hat die Internationale festgestellt, dass darüber hinaus noch gewisse Fehler gemacht wurden. Ich stelle fest: Diese Ausstellung der Internationale richtet sich nicht gegen uns allein, sondern gegen beide Seiten, denn die Kommintern wendet sich hier gegen den kombinierten Beschlussantrag Tomann, Koritschoner, Frey, der aller insin den Hauptpunkten von mir vorgeschlagen wurde. Aber jeder einzelne dieser Punkte dieses kombinierten Beschlussantrages Tomann, Koritschoner, Frey, wurde fast einstimmig von allen Mitgliedern des Parteivorstandes angenommen. (Siehe Protokoll Nr. 57)

Wir haben schliesslich den Grundsatz aufgestellt Fraktion immer den Block voran! Wir halten fest an diesem Grundsatz, belehrt durch die Erfahrungen, die die Strassenbahner gemacht. Der Block kann sehr rasch in die Breite wachsen, aber wenn die Fraktion nicht in gleicher Masse erstreift, dann gleitet uns der Block aus der Hand, wächst uns über den Kopf, wir erleiden einen Rückschlag wie bei den Strassenbahnern.

Nun zum Schluss. Tomann hat in seinen Diskussionsartikeln einige Sätze aus dem Buche Auerbachs gegen mich zitiert. Dieses Buch behandelt das Verhältnis zwischen Gewerkschaft und Partei an der Hand der geschichtlichen Entwicklung in Deutschland. Tomann hat scheinbar nur im Anfang dieses Buches geblättert, ich habe das Buch zu Ende gelesen. Auerbach kommt zu folgendem Ergebnis: „Diese Kapitulation der Partei vor der Gewerkschaft, bedeutet zugleich die Kapitulation des Marxismus innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung. Die geschichtliche Entwicklung die Ende der 90er Jahre mit der Forderung der Gewerkschaften nach „Gleichberechtigung“ mit der Partei beginnt, hat zur Suprematie der Gewerkschaften über die Partei geführt.“ Dieser Sieg der Gewerkschaften über die Partei hat aus der deutschen Sozialdemokratie das gemacht, als was sie sich schliesslich 1914 entpuppt hat, ein völlig reformistisches Gebilde. Nun in gewissem Sinne ist auch das Resultat des heutigen Parleitagss ein Sieg der Gewerkschafter über die Partei.

Wir alle sagen, die Gewerkschaften, die Blocks, sollen taktisch und organisatorisch selbständig sein, aber wir von der Parteitagsminderheit sagen: Umso mehr müssen die Fraktionen in der Hand der Partei sein. Je grösser die Elastizität in den Gewerkschaften, in den Blocks, desto ~~das~~ straffer das Verhältnis ~~in der Blocke~~ zwischen Fraktion und Partei. Daran darf nicht gerüttelt werden. Das darf nicht nur in Worten und Thesen anerkannt, sondern muss auch in der Praxis so gehandhabt werden.

In der gegenwärtigen Zeit ist die wichtigste Arbeit der Kommunisten, die Arbeit in den Gewerkschaften. Aber wenn auch die Gewerkschaftsarbeit dauernd sehr grosse Bedeutung hat und stets sehr grosse Bedeutung haben wird, so ist damit nicht gesagt, dass nicht unter Umständen nach einem Jahre die Arbeit in der Armee noch grössere Bedeutung für den Revolutionären Kampf gewinnen könnte. Sicher aber ist, dass in der gegenwärtigen Zeit die Arbeit in den Gewerkschaften die wichtigste Arbeit in der Partei ist.

Die Hauptdifferenzen auf gewerkschaftlichem Gebiete sind also diese:

Erstens. Gewerkschaftsarbeit nicht für blos rein gewerkschaftliche Zwecke, sondern Gewerkschaftsarbeit für die Revolution. Im Gegensatz zu den unklaren Artikeln Tomanns ist dies in der Resolution klar anerkannt.

Zweitens. Unterstellung der Fraktionen unter die Partei, insbesondere Unterstellung der Spitzenfraktion und der darin befindlichen Parteivorstandsmitglieder unter den Parteivorstand. Nun auch dieser Punkt ist klar gestellt durch die Thesen und in der Praxis dadurch gewährleistet, dass P.V. und Spitzenfraktion personell fast vollkommen identisch sind. Ob diese Identität zweckmässig ist, ich bezweifle es, das wird schliesslich die Zukunft zeigen. Ob Ihr, die ehemalige Parteivorstandsminderheit diese Unterstellung in der Praxis anerkannt hättet, wenn Ihr Minderheit geblieben wäret, auch das lasse ich dahingestellt.

~ ~ ~ ~ ~
.-.-.-.-.-

Yippen über
Die Kommunistische Partei und die
Arbeit der Kommunisten in den
Gewerkschaften.

1.) In der gegenwärtigen Phase ist das wichtigste Mittel, um an die Massen heranzukommen, die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften.

2.) In den Gewerkschaften kämpfen die Kommunisten für bessere Lohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen der Proletarier, sie kämpfen diesen Kampf um die proletarischen Tagesinteressen letzten Endes, um die Proletarier für den bewussten Klassenkampf, für den revolutionären Klassenkampf, für den Kampf um die Macht, für den Kampf um die ~~Macht~~ proletarische Diktatur zu gewinnen.

Auffassungen, die darauf hinauslaufen, unsere Arbeit in den Gewerkschaften dürfe nur gewerkschaftlichen Zwecken dienen, sind unklar, irreführend und gefährlich.

Den Tageskampf der Kommunisten in den Betrieben, in den Gewerkschaften, den Kampf der Kommunisten um ihr Ziel entgegenstellen, statt beides zur Einheit des revolutionären Kampfes dialektisch zu verbinden, das ist nicht Kommunismus, sondern Trade Unionismus, die extremste Art des Reformismus.

3.) In jedem Betrieb, in jeder Branche, in jeder Gewerkschaft müssen sich die Kommunisten zu einer Fraktion zusammenschließen.

Die kommunistischen Betriebsfraktionen haben nicht nur gewerkschaftliche, sondern auch politische Aufgaben (Siehe § 32 A und B des Parteistatuts).

4.) Jede Fraktion muss innerlich erstrafft werden. In jeder Fraktion muss straffe Fraktionsdisziplin herrschen. Jedes Fraktionsmitglied ist berechtigt, in den Fraktionsberatungen den eigenen Standpunkt zum Ausdruck zu bringen. Nach gefasstem Beschluss hat jedes Fraktionsmitglied die eigene Meinung vollständig der Meinung der Fraktion, beziehungsweise der Fraktionsführung unterzuordnen. Bei unvoresehenen Fällen entscheidet die Fraktionsführung, beziehungsweise der Fraktionsobmann die Stellungnahme der Gesamtfraktion. Er ist hierfür der Fraktion und der zuständigen Parteiorganisation verantwortlich.

5.) Die Fraktionen im lokalen Masstab unterstehen der Lokalorganisation.

Die Fraktionen im lokalen und im Landesmasstab unterstehen der Landesorganisation.

Die Fraktionen im lokalen, im Landes- u. Reichsmaßstab unterstehen der Reichsorganisation.

6.) Von der kommunistischen Betriebsfraktion bis zur kommunistischen Spitzenfraktion im Gewerkschaftsrat muss in gewerkschaftlichen Fragen das Verhältnis straffster Disziplin hergestellt werden.

7.) Bei Differenzen zwischen kommunistischer Spitzenfraktion des Gewerkschaftsrates einerseits und dem Lokalausschuss, bezw. der Landesleitung andererseits entscheidet der Parteivorstand.

8.) Die der kommunistischen Spitzenfraktion angehörigen Parteivorstandmitglieder unterstehen dem Parteivorstand. Beschlüsse der Spitzenfraktion, wodurch sie den ihr angehörigen Parteivorstandmitgliedern die Hände gegenüber dem Parteivorstand bindet, sind unstatthaft.

9.) Die kommunistischen Betriebsbranchen-, Branchen- und Gewerkschaftsfraktionen müssen planmässig darauf hinarbeiten, alle revolutionären und oppositionellen Elemente organisatorisch zu Oppositionsblocks zusammenzufassen.

Diese Oppositionsblocks stehen ausserhalb des Rahmens der K.P., sie sind sowohl organisatorisch als auch taktisch vollkommen autonom.

10.) Die kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaftsverbänden sind in den Oppositionsblocks massig gleichmässig auf den Kampfzügen und Fraktionen der Parteiorgane vorzugehen und sind streng parteidisziplin gebunden.

Der Kampf gegen die Parteiorgane ist im Gewerkschaften und den Oppositionsblocks die Parteiorgane, welche die Arbeit in den Gewerkschaften und in den Oppositionsblocks leitet. Die Vermittlung zwischen Gewerkschaftsfraktionen.

11.) Jede Beziehung mit Kampfbereitschaft in Oppositionsblock soll gleichzeitig die Beziehung mit Kampfbereitschaft in der kommunistischen Fraktion vorangehen.

12.) Über gewerkschaftliche Aktionen von grosser Tragweite hat die kommunistische Fraktion der K.P. bespre. in Vorkunden sollen die gew. Büro zu informieren und rechtzeitig ~~die Direktoren~~ die Direktoren der K.P., in Vorkunden sollen die gew. Büro zu informieren.

Die Punkte 10, 11, 12 sind als gestrichelt zu bezeichnen und sollen nicht veröffentlicht werden